

Antworten der ÖDP

1. **Wie wollen Sie zur Armutsreduzierung in Hamburg, insbesondere der Armutsreduzierung der alleinerziehenden und älteren Frauen beitragen?**

Die ÖDP verfolgt mehrere Ansätze zur Armutsbekämpfung. Gründe von Armut sind u.a. ein niedriger Lohn und die ungenügende Anerkennung der Erziehungs- und Pflegeleistung, die vorrangig von Frauen geleistet wird.

Wir fordern einen Mindestlohn von 11 Euro pro Stunde. In dieser Höhe sichert er die Grundlage für das Lebensnotwendige und eine angemessene Rente.

Zudem sind es oft Frauen, die Kinder erziehen oder Familienangehörige pflegen. Diese Zeiten werden den Frauen nicht bezahlt und sie können keine eigene Rente aufbauen und sind stark vom Gehalt und der Rente des Mannes abhängig. Diese Leistung muss gesellschaftlich viel höher anerkannt werden. Daher fordert die ÖDP die Einführung eines Erziehungs- und Pflegegehalts, welches sozialabgabenpflichtig ist. So wird eine echte Wahlfreiheit zwischen Beruf (KITA-Gebühren werden aus Erziehungsgehalt bezahlt) und Erziehung der Kinder gewährleistet. Auch die Pflege von Familienangehörigen bekommt die ihr zustehende Wertschätzung der Gesellschaft. Die Mütterrente der Bundesregierung dagegen ist ein Betrug an den Frauen, die in der Vergangenheit Kinder erzogen haben. Sie wird teilweise auf die Witwenrente und vollständig auf die Grundsicherung im Alter angerechnet. Somit haben vor allem die Frauen, die aufgrund der Erziehung ihrer Kinder nicht oder wenig gearbeitet haben, deshalb aber von der Grundsicherung leben, nichts von der Mütterrente.

Das Angebot im Krippen- und Kitabereich muss ebenso ausgebaut werden, wie es wichtig ist, die Verträglichkeit von Arbeit und Familie auch in kleineren Firmen zu fördern. Auch die Möglichkeit, das Kind zu einer Tagesmutter zu geben, muss erhalten bleiben. Dafür sind deren Rahmenbedingungen zu verbessern.

Daneben muss den Frauen, die ganz oder teilweise zuhause geblieben sind, der Wiedereinstieg in das Berufsleben erleichtert werden. Dies sollte unter anderem durch eine bessere Betreuung in den Jobcentern und verstärkte Weiterbildungs- und Ausbildungsmaßnahmen passieren.

2. **Gewalt gegen Frauen verletzt milliardenfach das Recht der Frau auf ihre Würde und Unversehrtheit. Auch in Hamburg ist jede 4. Frau Gewalt ausgesetzt, vor allem häuslicher Gewalt. Das Landesaktionsprogramm schützt Opfer. Wichtig sind präventive Maßnahmen. Wie wollen Sie in Hamburg dazu beitragen, Gewalt aus menschlichen Beziehungen zu verbannen und Gewaltfreiheit als Teil der Kultur Hamburgs zu etablieren?**

Gewalt, die im Verborgenen passiert, ist eine besonders grausame Form der Entwürdigung. Besonders Frauen sind oft hilflos gegen die Angriffe ihres Partners. Die Gründe von Gewalt sind vielschichtig. Soziale Faktoren, Missverständnisse, falsche Prägungen und Rollenbilder spielen eine Rolle. Ein weiterer Grund ist in einer auf Leistung ausgerichteten Gesellschaft zu finden. Die geforderten Ergebnisse können teilweise nicht erfüllt werden und entstehende Konflikte im Job werden nicht bereinigt. Demzufolge wird der nächst schwächere gesucht, an dem man die eigene Macht demonstrieren kann, um sich selbst wieder wertvoll zu fühlen.

Die Prävention solcher Gewalt ist eine besondere Herausforderung. Als ein Ansatz sollten deshalb in allen Bereichen der Gesellschaft, sei es z.B. in der Partnerschaft oder im Arbeitsumfeld, die Grundsätze der gewaltfreien Kommunikation bekannt gemacht und gefördert werden. Auseinandersetzungen sollen sachlich und fair bei gegenseitiger Wertschätzung verlaufen. Diese

Antworten der ÖDP

Grundsätze sollten in allen Bereichen durch geeignete Maßnahmen (Seminare, Workshops, Kurse) proaktiv mit großem Anteil an praktischen Übungen geschult werden. Schwerpunkt dabei sollten Schulen sein, da sich Konfliktlösungsstrategien zu einem frühen Zeitpunkt der Entwicklung des Menschen verfestigen.

Des Weiteren sollte der Grundsatz, dass alle Menschen, ob Mann oder Frau, gleichberechtigt und gleichwertig sind, wieder stärker Beachtung finden. Durch die Erstellung und Verbreitung von gewaltverherrlichendem oder pornographischem Material werden falsche Rollenbilder vermittelt. Daher ist die Verbreitung des Materials einzudämmen.

Auch müssen Anzeichen von Gewalt von der gesamten Gesellschaft und vor allem von den Behörden ernst genommen werden. Opfer sollten ermutigt werden, Anzeige zu erstatten. So ist der Schutz des Opfers zu verbessern und dessen Rechte durch einen Opferanwalt zu stärken. Zudem sollte es nicht persönlich vor Gericht aussagen müssen, da oftmals die Begegnung mit dem Täter vor Gericht eine große Hürde bei der Erstattung einer Anzeige darstellt. Akut hilfebedürftige Frauen dürfen nicht erst von Hilfseinrichtungen erfahren, wenn Hilfe dringend nötig ist. Dazu ist die öffentliche Wahrnehmung etwa durch geeignete Werbung und regelmäßige Veranstaltungen in den Stadtteilen zu intensivieren. Als weitere Maßnahme sind die finanziellen Mittel für Frauenhäuser und weitere Einrichtungen erheblich aufzustocken und ständig Notfallplätze bereitzuhalten, um so effektiv und schnell der Gefahr entkommen zu können. Dabei muss streng darauf geachtet werden, dass die Verweildauer durch unzureichende Vermittlung oder geringe Wohnbestände nicht unzumutbar lang ist.

3. Was erwarten und planen Sie im Zusammenhang mit dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm für die nächste Legislaturperiode? Wie bewerten Sie bisherige Erfolge, wo sind künftige Schwerpunkte zu setzen?

Das Programm ist zu umfangreich, um hier in jedem Detail darauf eingehen zu können. In den Bereichen, in denen die Stadt selber handeln kann, wird der Wille zur Umsetzung deutlich.

So werden diverse Daten erhoben, um Veränderungen sichtbar zu machen. Auch die Verabschiedung des Hamburgischen Transparenzgesetzes auf Drängen einer Volksinitiative, der auch die ÖDP angehörte, führte mit der Einführung des Transparenzportals zu weit mehr Möglichkeiten, die Entwicklungen im Bereich der Gleichstellung zu verfolgen.

Hamburg hat sich in den Behörden die Förderung der Frauen in Spitzenpositionen, die Förderung von Menschen mit Behinderung und der MigrantInnen zum Ziel gesetzt, aber nur in Teilbereichen bereits entsprechende Erfolge erzielt.

Der Anteil von Frauen im höheren Dienst, in Führungspositionen und in den Leitungspositionen städtischer Unternehmen ist deutlich ausbaufähig.

Aufgrund schleppender Modernisierungen und des Alters vieler Amtsgebäude besteht auch noch ein erheblicher Aufholbedarf für barrierefreie Zugänge und barrierefreies Arbeiten.

Die Pflege der alten Generation wird überwiegend von älteren Frauen ausgeführt. Hier ist mehr Unterstützung und Hilfestellung erforderlich, auch mehr Kapazitäten im Bereich der Tages- und Kurzzeitpflege. Die Arbeit der pflegenden Angehörigen ist angemessen durch ein sozialversicherungspflichtiges Pflegegehalt zu würdigen.

Antworten der ÖDP

Die Sportangebote für Frauen mit Migrationshintergrund sind durch z.B. mehr Frauengruppen zu fördern.

Für die Wohnungsnotfälle besonders bei den psychischen erkrankten Frauen muss eine schnellere Hilfe (Betreutes Wohnen) erfolgen. Die Wartezeiten sind immer noch zu lang.

Das Projekt "Mehr Männer in KITAS" verschleudert viel Geld in der Werbung. Hier wird sich nur etwas ändern, wenn sich die Rahmenbedingungen verbessern: Bezahlung bereits in der Ausbildung als SPA/Erzieher und bessere Entlohnung im späteren Beruf.

4. Wohnen und Verkehr in der Großstadt: zwei Herausforderungen für Frauen mit Kindern. Welche politischen Planungen verfolgen Sie z.B. in Bezug auf bezahlbaren Wohnraum, Entlastung Alleinerziehender, Mehrgenerationenhäuser, mehr und günstigeren ÖPNV, bessere Taktzeiten im ÖPNV?

Der Gesamtbestand an bezahlbaren Wohnungen in Hamburg muss insgesamt weiter wachsen. Es fallen pro Jahr weit mehr Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung heraus als neu gebaut werden. Der Bestand sinkt demnach ständig weiter, wobei der Bedarf um ein Vielfaches höher liegt. Mit einem hohen Anteil an Sozialwohnungen in Neubaugebieten muss dem entgegengewirkt werden. Ebenso müssen die Grenzen für Mieterhöhungen weiter gesenkt und die Abstände dafür verlängert werden. Auch Mieterhöhungen aufgrund von Modernisierung müssen verhältnismäßig sein und dürfen nicht komplett zu Lasten des Mieters gehen, insbesondere dann nicht, wenn diese staatlich gefördert wurden.

Auch müssen Wohnformen, die die Stärken der verschiedenen Generationen vereinen, gefördert werden. Üblicherweise ist dieses die Familie. Immer öfter kann die Familie dieses aufgrund örtlicher Ferne oder familiärer Differenzen nicht leisten. Mehrgenerationenhäuser und andere Wohnkonzepte wirken dem entgegen und sollten gefördert werden.

In Bezug auf den öffentlichen Nahverkehr muss der Ausbau der Infrastruktur hin zu echter Barrierefreiheit weiter konsequent vollzogen werden. Dies gilt nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern in großem Maße auch für Menschen, die mit Kinderwagen meist tagsüber unterwegs sind. Für die Phase der Eltern- bzw. Erziehungszeit sollte, sofern ein gewisses Haushaltseinkommen nicht überschritten wird, ein ermäßigter Preis auf die Fahrpreise gelten. Dies sollte aber auch grundsätzlich für Menschen mit geringem Einkommen gelten.

Die Taktzeiten der Busse sind zu erhöhen, insbesondere auf Strecken mit vielen Rollstuhlfahrern und Eltern mit Kinderwagen.

5. Wesentlich mehr Frauen als Männer arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Was kann dagegen getan werden? Wie wollen Sie gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchsetzen?

Als vorrangige Maßnahme muss wie erwähnt ein höherer Mindestlohn von 11 €/Std. eingeführt werden, der ohne Ausnahme eines Berufsgebietes und auch für bezahlte Praktika gilt. So wird der Wert der Arbeit geachtet und unter anderem effektiv der Altersarmut entgegengewirkt. In Ergänzung dazu verringert das schon angesprochene Erziehungs- und Pflegegehalt (Beantwortung Frage 1) die Not, prekäre Beschäftigungsverhältnisse eingehen zu müssen und schafft echte Wahlfreiheit.

Antworten der ÖDP

Die zunehmende Befristung von Arbeitsverträgen führt zu steigender Unsicherheit und Angst, der Vertrag könnte etwa aufgrund von Krankheit oder Schwangerschaft nicht verlängert werden. Dem muss u.a. mit einer Reduzierung der Ausnahmen bei der Befristung und kürzeren Befristungszeiten entgegengewirkt werden.

Bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit und ausbeuterischer Niedrig-Entlohnung sind ferner eine größere Präsenz und bessere Personalausstattung staatlicher Stellen (FKS, LKA, Renten- und Betriebsprüfer etc.) und bessere Gesetze zur Verfolgung der Unternehmer nötig, die die Mitarbeiterinnen zu diesen Konditionen beschäftigen und damit entweder Konkurrenz vom Markt verdrängen oder dazu verleiten, andere zu den gleichen Konditionen zu beschäftigen. Hier betreibt die Stadt aus Angst vor der Wirtschaft bislang nur eine Feigenblatt-Politik. Da die Arbeit trotzdem nachgefragt werden würde (z.B. Hotelreinigung), würden mehr legal und zu fairen Konditionen arbeitende Unternehmen die Chance haben, sich am Markt durchzusetzen.

Ein von der ÖDP präferiertes, noch zu erarbeitendes Konzept der Förderung der Gemeinwohlökonomie in der Hansestadt würde zudem die Abnehmer der Leistungen zu fairer Bezahlung anhalten, wenn diese sich in einer besseren Bewertung und damit höheren Attraktivität des Unternehmens widerspiegelt.

Ein weiterer Baustein zur Angleichung der Gehälter ist die Aufklärung der Frauen über ihre gesetzlichen und ggf. tariflichen Rechte und ein kostengünstiger Zugang zu entsprechender anwaltlicher Hilfe.